

Gemeinsame Pressemitteilung der Berliner Kunst und Kultur-Landschaft

25. Mai 2020

Für alle Presse-Anfragen und weitere Informationen stehen alle Unterzeichnenden gerne bereit.

Direktkontakt und Weiterleitung unter: notruf@laft-berlin.de

Notruf an den Bund und das Land Berlin zwei Monate nach Beginn des Shut-Downs! Wir können nicht länger warten - rettet JETZT die Vielfalt und die Zukunft von Kunst und Kultur in Berlin!

Zwei Monate nach Beginn des Ausnahmezustands ruft die Berliner Kunst und Kultur-Landschaft erneut gemeinsam zur sofortigen Rettung der Vielfalt der kulturellen Infrastruktur der Stadt auf. In einem Notruf betonen zahlreiche Initiativen, Verbände und Institutionen die Dringlichkeit weiterer sofortiger Unterstützungsmaßnahmen in der aktuellen Situation, insbesondere für die ungeforderten oder wenig geförderten Kulturorte sowie für die freien Künstler*innen und Solo-Selbstständigen aller Berufe und Branchen.

Wollen Bund und Land wirklich noch weiter warten und dann nach der Corona-Zeit überrascht feststellen, dass keine kleinen Theater, keine Jazz-Spielstätten, keine Projekträume, keine Kabaretts, keine Konzert- und Performancebühnen, keine Lesebühnen und keine Clubs mehr da sind, die wieder besucht werden könnten?

Von der freien Künstler*in zum Museum. Vom Musik-Club zum großen Opernhaus. Vom Projektraum zum freien Produktionsort. Vom Literaturort zur Konzertbühne. Vom Zirkus zum Verlag. Vom Jugendclub zur Technikfirma. Vom Kabarett zum Staatstheater. Und alle anderen. Die lebendige Kunstszene in Berlin lebt mit- und füreinander. Wir brauchen sie alle weiterhin - Solidarität jetzt.

Seit dem kompletten Shut-Down der Berliner Kunst und Kultur-Landschaft im März 2020 sind bereits zwei Monate vergangen. Die Künstler*innen, Kulturorte und -organisationen dieser Stadt haben sich solidarisch und gerne an den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie beteiligt und unterstützen diese weiterhin. Inzwischen lässt sich jedoch deutlich abschätzen, wie hoch der wirtschaftliche Preis ist, den viele von ihnen dafür zahlen werden. Unter anderem hat sich auch die Befürchtung bestätigt, dass die Kunst und Kultur-Landschaft zu den ersten Bereichen gehört, die von den Auswirkungen der Maßnahmen betroffen war und nun zu den letzten zählen wird, die wieder in vollem Umfang tätig sein können. Umso wichtiger und dringlicher ist es, jetzt die Vielfalt und die Zukunft von Kunst und Kultur in Berlin zu retten.

Auf Bundesebene tut sich trotz großer Ankündigungen nicht viel. Die Wirtschaftshilfen laufen Ende Mai aus und die Details der Verlängerung sind noch nicht klar. Solo-Selbstständige sind bisher leer ausgegangen und drohen weiterhin leer auszugehen. Einzelaktionen wie die 130 Stipendien der Kulturstiftung für freie Musik- und Theatergruppen in der gesamte Bundesrepublik oder das Programm „Neustart“ mit 20 Millionen für alle Umbaumaßnahmen bundesweit sind wunderbar, reichen aber nicht mal für die ganze Berliner Szene, geschweige denn für alle Bundesländer. Vom angekündigten großen Investitionsprogramm ist nichts zu hören und es wird auch nicht mit der Praxis abgestimmt.

Das Land Berlin hat seit März schon vieles richtig gemacht, auch wenn einige der dringlich erwarteten Ergebnisse noch ausstehen: Die geförderte Institutionen, Orte und Veranstaltungen werden auch ohne Publikumsbetrieb voll weiterfinanziert und dürfen zumindest teilweise schon seit Ende März Ausfallhonorare zahlen. Geförderte Künstler*innen können ihre Projekte verschieben oder umgestalten. Die ersten großen Soforthilfe-Programme kamen schnell und unbürokratisch und zusätzliche Stipendienprogramme für Künstler*innen sind zwar noch nicht da, aber der Bedarf ist anerkannt und die Programme sind in Vorbereitung.

Die Unterzeichnenden erkennen all dies an. Die bisherigen Bundes- und Landesmaßnahmen zusammen reichen aber nicht aus. Wirklich nicht. Denn selbst wenn eine zweite Infektions-Welle ausbleiben sollte, hat schon die aktuelle Ausnahmesituation das Potential, die gesamte Kunst- und Kulturlandschaft in Berlin zu zerstören. Die Auswirkungen der notwendigen Schutzmaßnahmen werden noch lange alle Orte treffen, die auf Publikumsverkehr angewiesen sind – und damit auch die Künstler*innen, die in diesen Orten auftreten und arbeiten.

Wenn Einnahmeverluste und teure Umbaumaßnahmen schon die großen landes- oder bundeseigenen Institutionen bedrohen, lässt sich die langfristige und verheerende Wirkung auf Kulturorte, die ohne oder nur mit geringfügiger öffentlicher Finanzierung arbeiten, kaum dramatisch genug schildern. Eine Öffnung unter Hygienevorgaben ist meist teurer als eine Fortsetzung der Schließung - es bleibt den kleineren Orten eigentlich nur die Wahl zwischen der sofortigen oder der späteren Insolvenz.

Wollen denn wirklich alle die Verantwortung weiter hin- und herschieben und bis nach der Corona-Zeit abwarten, um dann festzustellen, dass keine kleinen Theater, keine Jazz-Bars, keine Projekträume, keine Clubs mehr da sind, die wieder besucht werden könnten? Erinnert sich noch wer daran, dass Kunst und Kultur und insbesondere die Sub-Kultur als einzige Ressource der Stadt mehr oder weniger freiwillig den Wirtschaftsaufschwung in Berlin angekurbelt haben? Dass sie die Grundlage für den Stadttourismus bilden? Und dass sie bereits vor der Corona-Zeit durch steigenden Mieten und Verdrängung aus dem Stadtzentrum akut bedroht waren?

Bislang fallen alle kleineren und bislang nicht oder wenig geförderten Musik-Clubs, Probenorte, Theater oder Projekträume quasi komplett durchs Raster. Für sie muss über alle Sparten und Kunstformen hinweg sofort eine spezifische und nachhaltige Unterstützungsform gefunden werden. Die Branchenvertretungen und die Praxis selbst stehen gerne für Erklärungen oder Mitwirkung und Unterstützung bei einer einfachen Umsetzung bereit.

Mit den finanziellen Einschränkungen der Großen und dem Sterben der Kleinen gehen zudem den freien Künstler*innen und den zurarbeitenden weiteren Selbstständigen und kleinen Firmen täglich weitere Aufträge verloren. Was ist denn nun mit der versprochenen Unterstützung für die Freischaffenden, die Solo-Selbstständigen und die Inhaber*innen von Kleinunternehmen? Ihre Angestellten können in Kurzarbeit gehen, aber sie selbst? Die Berliner Soforthilfe hat für sie gepasst, aber es waren nur einmalig 5.000 Euro. Das hilft nicht über ein ganzes Jahr oder länger. Das Berliner Geld war in 5 Tagen weg, in NRW bekommen sie jetzt neu einmalig 2.000 Euro, in Brandenburg gibt es gar nichts, in Bayern bald 3.000 Euro, aber nur wenn sie in der KSK versichert sind, was ja nun aber eben nicht alle sind, in Baden-Württemberg sind es nach wie vor 1.180 Euro pro Monat.

Es kann und darf doch nicht wirklich wahr sein, dass die Lebens(er)haltungskosten dieser Menschen vom Bundesland ihres Betriebssitzes abhängen. Es ist nicht nur für Künstler*innen eine Katastrophe, wenn sich wirtschaftlich agierende Selbstständige zusätzlich zu den Anträgen für ihren Betrieb noch mit überlasteten und uneinheitlich agierenden Arbeitsagenturen herumschlagen und ALG II beantragen müssen. Das ist eine (schlechte) alte Antwort auf eine neue Arbeitswelt. Selbstständigkeit - in der Vergangenheit als Arbeitsmodell der Zukunft hochgelobt – darf nicht zum Arbeitsmodell zweiter Klasse werde. Gerade in der aktuellen Situation müssen sich Solo-Selbstständige und Freiberufler*innen gleichermaßen wie die Angestellten dauerhaft auf die Unterstützungsmaßnahmen verlassen können.

Wir unterstützen die gemeinsame Initiative der Länder Berlin und Bremen im Bundesrat, in den aktuellen Soforthilfen des Bundes und den entsprechenden Folgeprogrammen auch die sogenannten Lebenshaltungskosten anrechenbar zu machen. Die Kunst- und Kulturlandschaft in Berlin erklärt sich solidarisch mit allen Berufen und Branchen und verlangt von der Bundesregierung endlich faire Unterstützung für alle freien Künstler*innen, Solo-Selbstständigen und Freiberufler*innen bundesweit - bei der Verlängerung der Wirtschafts-Unterstützungsmaßnahmen ab Juni 2020 ebenso wie im geplanten Kulturinfrastrukturfonds.

Wir bieten Gespräch und solidarische Praxis an. Wenn die überlastete Verwaltung Mitarbeit bei der Umsetzung der notwendigen Maßnahmen braucht, können die größeren Organisationen in Kunst und Kultur bei der Umsetzung helfen. Es gilt JETZT die Vielfalt und die Zukunft der Berliner Kunst und Kulturlandschaft zu retten.

Von der freien Künstler*in zum Museum. Vom Musik-Club zum großen Opernhaus. Vom Projektraum zum freien Produktionsort. Vom Literaturort zur Konzertbühne. Vom Jugendclub zur Technikverleihfirma. Vom Kabarett zum Staatstheater. Und alle anderen. Die lebendige Kunstszene in Berlin lebt mit- und füreinander. Wir brauchen sie alle weiterhin - Solidarität jetzt.

Berlin, den 25. Mai 2020

Unterzeichnet durch:

AG Darstellende Künste im öffentlichen Berlin / Bundesverband Theater im Öffentlichen Raum
www.theater-im-oeffentlichen-raum.de

bbk berlin
www.bbk-berlin.de

BUND DER SZENOGRAFEN
www.szenografen-bund.de

Dramaturgische Gesellschaft
www.dramaturgische-gesellschaft.de

Friedrichstadt-Palast Berlin
www.palast.berlin

Hans-Flesch-Gesellschaft - Forum für akustische Kunst e.V.
www.hans-flesch-gesellschaft.de

HAU Hebbel am Ufer
www.hebbel-am-ufer.de

IG JAZZ BERLIN
www.ig-jazz-berlin.de

inm - initiative neue musik berlin
www.inm-berlin.de

Koalition der Freien Szene Berlin
www.koalition-der-freien-szene-berlin.de

LAFT – Landesverband freie darstellende Künste Berlin
www.laft-berlin.de

Pro Quote Bühne
www.proquote-buehne.de

Rat für die Künste Berlin
www.rat-fuer-die-kuenste.de

regie-netzwerk
www.ensemble-netzwerk.de

Thomas Ostermeier
Künstlerischer Leiter der Schaubühne

VAM - Vereinigung Alte Musik Berlin
www.v-a-m.org

Verband der HörspielRegie (VdHR)
www.vdhr.info

Verein zur Überwindung der Schwerkraft
www.vuesch.org

VOLKSBÜHNE
www.volksbuehne.berlin

ZMB - Zeitgenössisches Musiktheater Berlin
www.musiktheater-berlin.de

ZTB - Zeitgenössischer Tanz Berlin
www.ztberlin.de